



Gewerbeaufsicht
in Niedersachsen



**Staatliches Gewerbeaufsichtsamt
Lüneburg**

Behörde für Arbeits-, Umwelt- und
Verbraucherschutz

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg
Postfach 28 60, 21318 Lüneburg

Mit Postzustellungsurkunde

Az.: LG000000829-024 [REDACTED]

Düringer Fleischkontor
Lunestedter Straße 40
27612 Loxstedt

Bearbeiter/in:

[REDACTED]

@gaa-lg.niedersachsen.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)
LG000000829-024 br/ma

Durchwahl
04131/15- [REDACTED]

Lüneburg
12.06.2008

**Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG);
Ihr Antrag vom 09.05.2006 (1. Bauabschnitt) ergänzt mit Schreiben 25.07.2006 (2. Bauab-
schnitt) und mit Schreiben vom 21.12.2006 (3. Bauabschnitt) auf wesentliche Änderung
Ihrer Anlage zum Schlachten von Tieren (Mastschweine) in 27612 Loxstedt**

I.

Genehmigungsentscheidung

Der Firma Düringer Fleischkontor wird aufgrund ihres Antrages vom 09.05.2006, ergänzt mit Schreiben vom 25.07.2006 und 21.12.2006, nach Maßgabe dieses Bescheides, die Genehmigung zur wesentlichen Änderung ihrer Anlage zum Schlachten von Tieren (Mastschweine) in 27612 Loxstedt erteilt.

Die Genehmigung umfasst folgende Maßnahmen:

1. Bauabschnitt

- Errichtung und Betrieb eines automatisierten Kühlhauses mit Schocktunnel

2. Bauabschnitt

- Neubau Kistenreinigung mit Lkw-Waschhalle und Knochencontainer

3. Bauabschnitt

- Neubau Versand mit Kommissionierlager
- Erweiterung von Umkleide- und Pausenräume
- Stallerweiterung

Seite 1 von 13

Dienstgebäude
Auf der Hude 2
21339 Lüneburg

Sprechzeiten
Mo-Do 9:00-15:00
Freitag 9:00-12:00
oder nach Vereinbarung

Telefon 04131 15-1400
Fax 04131 15-1401
E-Mail poststelle@gaa-lg.niedersachsen.de
Internet www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de

Bankverbindung
Norddeutsche Landesbank
BLZ 250 500 00
Konto: 108 025 257

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

- Erhöhung der Schlachtkapazität auf 400 Mastschweine pro Stunde und 24.000 Mastschweine pro Woche

Standort der Anlage ist:

Ort: 27612 Loxstedt-Düring,
Straße: Lunestedter Straße 40
Gemarkung: Düring
Flur: 1
Flurstücke: 99/7, 99/12, 99/13

Die im Formular Inhalt (Inhaltsverzeichnis zum Antrag) in den Unterlagen zu den einzelnen Bauabschnitten im Einzelnen aufgeführten Unterlagen sind Bestandteil dieses Genehmigungsbescheides und liegen diesem zugrunde.

Konzentrationswirkung:

Gemäß § 13 BImSchG schließt diese Genehmigung die nach der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) in der Fassung vom 10.02.2003 (Nds. GVBl. S. 89), in der derzeit geltenden Fassung, erforderliche Baugenehmigung ein.

Auflagenvorbehalt

Dieser Bescheid ergeht unter den aus Abschnitt II. dieses Bescheides ersichtlichen Nebenbestimmungen. Die Anordnung weiterer Auflagen zum Naturschutz bleibt mit Einverständnis des Antragstellers vom 28.05.08 gemäß § 12 Abs. 2a BImSchG vorbehalten.

Rechtsgrundlagen

§§ 16 und 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in der derzeit geltenden Fassung i. V. m. § 1 sowie die lfd. Nr. 7.2 des Anhangs der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV in der derzeit geltenden Fassung.

II.

Nebenbestimmungen und Hinweise

A.

1. Allgemeines

- 1.1 Die Anlage ist nach Maßgabe der im Inhaltsverzeichnis zum Antrag (Formular Inhalt) aufgeführten Beschreibungen und Zeichnungen zu errichten und zu betreiben, soweit sich aus den nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes ergibt
- 1.2 Soweit in diesem Bescheid nichts anderes bestimmt ist, gelten die mit früheren Bescheiden ergangenen Maßgaben weiter fort.
- 1.3 Diese Genehmigung erlischt gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG, wenn innerhalb einer Frist von 2 Jahren nach Vollziehbarkeit des Genehmigungsbescheides nicht mit der Errichtung oder mit dem Betrieb der Anlage begonnen wurde.

Die Genehmigung erlischt ferner, wenn die Anlage während eines Zeitraumes von mehr als 3 Jahren nicht mehr betrieben worden ist (§ 18 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG) und soweit das Genehmigungserfordernis aufgehoben wird (§ 18 Abs. 2 BImSchG).

- 1.4 Der Genehmigungsbescheid ist am Betriebsort aufzubewahren.

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

B.

Nebenbestimmungen des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Cuxhaven

1. Spätestens 2 Wochen vor der Inbetriebnahme ist dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven die beabsichtigte Inbetriebnahme schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige dient zur Vorbereitung einer Abnahmeprüfung. Zur Abnahmeprüfung sind u.a. alle (Abnahme-) Bescheinigungen vorzulegen, die aufgrund der Unfallverhütungs-, der gesetzlichen Vorschriften sowie der sonstigen Regeln der Technik erforderlich sind.
2. Für die Anlage sind für die Inbetriebnahme und den Betrieb Betriebsanweisungen anzufertigen, die auch Sofortmaßnahmen zur Vermeidung erhöhter Emissionen umfassen müssen. Die Betriebsanweisungen, die unter Berücksichtigung der einschlägigen Technischen Regeln und Unfallverhütungsvorschriften, Richtlinien und Merkblättern der zuständigen Berufsgenossenschaft aufzustellen sind, müssen u.a. folgende Punkte behandeln:
 - Unterrichtung der Mitarbeiter über die Eigenschaften der verwendeten Stoffe sowie die Verfahrens- bzw. Betriebsabläufe,
 - Betriebsstörungen, z.B. ungewöhnlicher Verlauf von Temperatur, Druck, Ausfall von elektrischer Energie, Kühlern etc.,
 - Maßnahmen bei Betriebsstörungen, um mögliche Auswirkungen auf die Umwelt zu vermeiden oder zu begrenzen,
 - Maßnahmen zur Verhinderung von Brand-, Verpuffungs- und Explosionsgefahren im Anlagenbereich.

Die Mitarbeiter sind anhand der Betriebsanweisungen eingehend zu schulen. Die Unterweisung ist jährlich zu wiederholen. Die durchgeführten Unterweisungen sind in einem Buch zu dokumentieren und von den Unterwiesenen durch Unterschrift zu bestätigen. Das Buch ist dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt auf Verlangen vorzulegen.

3. Es ist ein Inspektionsplan aufzustellen, in dem die zu überwachenden Stellen der Anlage, die Art und Weise sowie der Zeitplan ihrer Inspektionen und die bei Betriebsunregelmäßigkeiten zu treffenden Maßnahmen festgelegt werden.

Hinweis:

Förderer für Schweinehälften, Lkw-Waschanlage und, Kistenwäsche sind Maschinen im Sinne der 9. Verordnung zum Geräte- und Produktsicherheitsgesetz (Maschinenschutzverordnung – 9. GPSGV). Maschinen dürfen gem. der 9. GPSGV nur in den Verkehr gebracht werden, wenn ihr eine EG-Konformitätserklärung nach dem Muster des Anhangs II Buchst. A der Richtlinie 89/392/EWG beigefügt sein, wodurch der Hersteller oder sein in der Gemeinschaft oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum niedergelassener Bevollmächtigter bestätigt, dass

- die Maschine den Sicherheitsanforderungen des § 2 entspricht und
- die in Artikel 8 Abs. 2 bis 4a der Richtlinie 89/392/EWG vorgeschriebenen Verfahren der EG-Konformitätserklärung nach Anhang V oder der EG-Baumusterprüfung nach Anhang VI eingehalten sind und er seine Verpflichtungen gegenüber der von ihm beauftragten zugelassenen Stelle erfüllt hat.

Die CE -Kennzeichnung muss auf jeder Maschine sichtbar, lesbar und dauerhaft angebracht sein. Die CE -Kennzeichnung besteht aus den Buchstaben „CE“ nach Anhang III der Richtlinie 89/392/EWG.

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

4. Der Bericht über die sicherheitstechnische Prüfung gem. § 29a BImSchG vor Inbetriebnahme der Ammoniak-Kälteanlage durch das I S B Ing.- und Sachverständigenbüro, Knud – Rasmussen - Str. 11, 18106 Rostock, Bericht- Nr.:21050603901, vom 05.06.2006 der Zwischenbericht zur Prüfung der NH₃-Kälteanlage vom 07.03.2006 und die Empfehlungen zur Inbetriebnahme vom 22.03.2006 sind Bestandteil der Antragsunterlagen.
 5. Die in diesen Berichten aufgeführten Empfehlungen sind unverzüglich umzusetzen. Die in den Empfehlungen geforderten Wartungs- und Prüfintervalle sind mit dem Sachverständigenbüro abzustimmen.
 6. Die Schlachtleistung (Schlachtzahlen / Woche) ist zu dokumentieren und dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven auf Verlangen vorzulegen.
 7. Die Eigenbedarfstankstelle ist gemäß § 17 Anlagenverordnung (VAwS) i. V. m. § 163 Nds. Wassergesetz (NWG)
 - vor Inbetriebnahme,
 - nach einer wesentlichen Änderung,
 - wiederkehrend spätestens fünf Jahre nach der letzten Überprüfung,
 - wenn die Anlage stillgelegt wird,
 - vor der Wiedereinbetriebnahme, wenn die Anlage länger als ein Jahr stillgelegt war, durch einen nach § 16 VAwS zugelassenen Sachverständigen überprüfen zu lassen.
 8. Die Prüfberichte der Sachverständigenprüfungen sind dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven unverzüglich vorzulegen.
- Eine vollständige Liste der Sachverständigen-Organisationen kann unter www.lanuv.nrw.de (Wasser/Grundwasser/Wassergefährdende Stoffe/Sachverständigen-Organisationen) eingesehen werden.
9. Die Tankstelle ist entsprechend der Technischen Regel wassergefährdender Stoffe (TRwS) 781 „Tankstellen für Kraftfahrzeuge“ zu errichten, zu betreiben und zu überwachen.

Hinweis:

Tankstellen für Kraftfahrzeuge sind Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen gemäß § 19 g Wasserhaushaltsgesetz (WHG) bzw. § 161 Niedersächsisches Wassergesetz (NWG), in denen wassergefährdende Stoffe gemäß § 161 Abs. 5 NWG gelagert und abgefüllt werden.

Sie müssen so eingebaut, aufgestellt, unterhalten und betrieben werden, dass eine Verunreinigung der Gewässer oder eine sonstige nachteilige Veränderung ihrer Eigenschaften nicht zu besorgen ist. Dies ist dann der Fall, wenn sie mindestens den allgemein anerkannten Regeln der Technik beschaffen sind, sowie eingebaut, aufgestellt, unterhalten und betrieben werden.

Mit der „Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung – VAwS -)“ wurden grundlegende technische Anforderungen durch den Gesetzgeber aufgezeigt, die in der Technischen Regel „Tankstellen für Kraftfahrzeuge“ - TRwS 781- als allgemein anerkannte Regel der Technik konkretisiert sind.

Als Nachweis der zulässigen Verwendbarkeit von Anlagenteilen gilt die Aufnahme in der Bauregelliste A Teil 1 bzw. die allgemeine bauaufsichtliche Zulassung. Um Montage- oder

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

Wartungsarbeiten ausführen zu dürfen, ist in der Regel der Fachbetriebsnachweis nach § 165 NWG erforderlich.

10. Die geänderte Schlachthanlage ist so zu gestalten, dass bei dem späteren Betrieb folgende Immissions-Richtwerte für Geräusche in der Nachbarschaft - gemessen 0,5 m vor dem geöffneten, vom Lärm am stärksten betroffenen Fenster - (ermittelt nach den Bestimmungen der TA-Lärm vom 26.08.1998) Loxstedt-Düring, -Hohe Lieth Weg- nicht überschritten werden:
 - tagsüber 60 dB(A)
 - nachts (22.00 - 6.00 Uhr) 45 dB(A)

Einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen dürfen die Immissionsrichtwerte am Tage um nicht mehr als 30 dB(A) und in der Nacht um nicht mehr als 20 dB(A) überschreiten.
11. Falls Schallpegelmessungen des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes eine Überschreitung der Lärmimmissionsrichtwerte nicht ausschließen lassen, ist durch ein schalltechnisches Gutachten eines anerkannten Sachverständigen nachzuweisen, dass die festgelegten Lärmimmissionsrichtwerte eingehalten werden.
12. Art und Umfang des Gutachtens sind mit dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt abzustimmen. Die Kosten der Messung hat der Betreiber zu tragen.
13. Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, dass Schutzeinrichtungen, Verriegelungen und Koppungen an schlachttechnischen Einrichtungen in regelmäßigen Zeitabständen, mindestens jedoch einmal jährlich, durch eine befähigte Person auf ihren sicheren Zustand geprüft werden (§ 10 BetrSichV i. V. m. § 61 BGV C 13).
14. Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, dass Schlacht- und Fleischtransportbahnen und deren Lastaufnahmemittel in regelmäßigen Zeitabständen, die Transportbahn mindestens jedoch halbjährlich, die Lastaufnahmemittel mindestens jedoch jährlich, durch eine befähigte Person auf ihren sicheren Zustand geprüft werden. Diese Forderung ist z. B. erfüllt, wenn die Lastaufnahmemittel bei der Annahme an der Rohrbahn hängend eine Schablone durchlaufen (§ 10 BetrSichV i. V. m. § 61 BGV C 13).
15. Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, dass Gasanlagen regelmäßig, mindestens jedoch einmal jährlich, durch eine befähigte Person auf ihren sicheren Zustand geprüft werden (§ 10 BetrSichV i. V. m. § 61 BGV C 13).
16. Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, dass das Ergebnis der Sachkundigenprüfungen in einer Prüfbescheinigung festgehalten wird, die bis zur nächsten Prüfung aufzubewahren ist. Diese Forderung ist z. B. erfüllt durch ein Prüfbuch (§ 11 BetrSichV i. V. m. § 61 BGV C 13).
17. Befähigte Person ist, wer aufgrund seiner Berufsausbildung, seiner Berufserfahrung und seiner zeitnahen beruflichen Tätigkeit über die erforderliche Fachkenntnis auf dem Gebiet der schlachttechnischen Einrichtungen verfügt und mit den einschlägigen staatlichen Arbeitsschutzvorschriften, Unfallverhütungsvorschriften, Richtlinien und allgemein anerkannten Regeln der Technik (z. B. DIN-Normen, VDE-Bestimmungen, technische Regeln anderer EG-Mitgliedstaaten) soweit vertraut ist, dass er den arbeitssicheren Zustand der schlachttechnischen Einrichtungen beurteilen kann.

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

18. Über die ordnungsgemäße Entsorgung der im Betrieb anfallenden Abfälle ist ein Nachweisbuch zu führen, das alle erforderlichen Entsorgungsnachweise, Sammelentsorgungsnachweise, Begleitscheine, Übernahmescheine sowie Anzeigen und Freistellungen enthält.
19. Das Nachweisbuch ist dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven auf Verlangen vorzulegen.
20. Die in der Anlage anfallenden Abfallarten sind getrennt zu halten und getrennt bereitzustellen, soweit dies für die artspezifische Verwertung/Entsorgung erforderlich

C.

Nebenbestimmungen des Landkreises Cuxhaven

Aufschiebende Bedingung:

1. Gemäß Prüfbericht des Prüfsachverständigen für Baustatik sind folgende Unterlagen (2-fach) zur Prüfung nachzureichen :
 - Umbemessung der Decke (stat. Pos. 6) inkl. Verlege- und Bewehrungsplan

Für die oben angeführten Bauteile bzw. für die Arbeiten an den entsprechenden Bauteilen liegt keine wirksame Baugenehmigung vor.

Mit den Ausführungsarbeiten an diesen Bauteilen darf daher erst nach Genehmigung der Unterlagen begonnen werden.

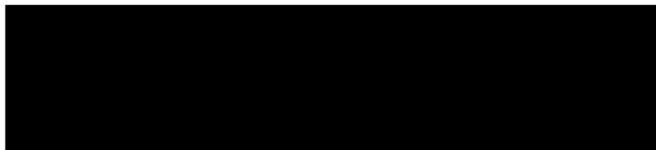
Eine Zuwiderhandlung stellt gemäß § 91, Abs. 1, Ziffer 1, NBauO eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einem Bußgeld geahndet werden kann.

Auflagen:

1. Der Beginn der Bauarbeiten und die Fertigstellung der Baumaßnahme ist schriftlich anzuzeigen (§ 79 NBauO).
2. Eine Schlussabnahme wird angeordnet (§ 80 NBauO).
3. **Der Prüfbericht des Prüfsachverständigen für Baustatik vom 21.03.2007 ist Bestandteil der Genehmigung. Die Prüfbemerkungen sind bei der weiteren Ausführung zu beachten.**
4. Die **Abnahme der Rohbaukonstruktion** wird angeordnet (gemäß § 80, NBauO, Abs. 1, Ziffer 1). Die Abnahme umfasst folgende Teilbereiche :

- **Abnahme der Bewehrung der Stahlbetonkonstruktion**
(vor jedem Betonierabschnitt)
- **Abnahme der Stahlkonstruktion**

Die Ausführung wird durch den mit der Prüfung der bautechnischen Nachweise beauftragten Prüfsachverständigen für Baustatik



überwacht. Nach Beginn der zugehörigen Arbeiten ist mit dem Prüfsachverständigen frühzeitig ein Abnahmetermin zu vereinbaren, damit eine ordnungsgemäße Abnahme der betroffenen Bauteile durchgeführt werden kann.

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

Mit der Ausführung weiterer Arbeiten darf erst nach erfolgter Abnahme begonnen werden.

Eine Zuwiderhandlung gegen diese schriftliche Anordnung stellt gemäß § 91 Abs. 2 NBauO eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einem Bußgeld geahndet werden kann.

5. **Gemäß § 79 Abs. 4 NBauO ist bis spätestens vor Ingebrauchnahme der baulichen Anlage eine Bescheinigung einer oder eines Sachverständigen darüber vorzulegen, dass die Baumaßnahmen entsprechend dem Nachweis über den Wärmeschutz durchgeführt worden sind.** !!
Der Sachverständige muss die Qualitätsanforderungen eines Entwurfsverfassers nach § 58 Abs. 3 oder 5 NBauO erfüllen. Danach kommen insbesondere Architekten in Betracht und Bauingenieure, die in die Liste der Entwurfsverfasser der Fachrichtung Bauingenieurwesen eingetragen sind, sowie Handwerksmeister für die in § 58 Abs. 5 NBauO genannten Baumaßnahmen. Auch der jeweilige Entwurfsverfasser darf die Bescheinigung nach § 79 Abs. 4 NBauO ausstellen, nicht aber der Unternehmer, dessen Leistung zu begutachten ist. !!
6. Das vorgelegte Brandschutzkonzept nach der Industriebaurichtlinie ist Bestandteil der Genehmigung.
7. Bei Durchbrüchen für Leitungen, Kanäle und Schächte muss die erforderliche Feuerwiderstandsklasse der durchbrochenen Bauteile erhalten bleiben.
8. Es ist eine vom öffentlichen Netz unabhängige Notstromanlage (Sicherheitsbeleuchtung) vorzusehen. Sie muss bei Ausfall des Netzstromes selbsttätig einschalten und eine ausreichende Beleuchtung der Rettungswege bis zum Ausgang ins Freie ermöglichen (mindestens 1 Lux im Bereich der Fluchtwege).
9. Auf die Lage sämtlicher notwendiger Ausgänge (auch Notausgänge) und den Verlauf der Flucht- und Rettungswege ist durch elektrisch beleuchtete Piktogramme nach DIN 4844 augenfällig und dauerhaft hinzuweisen. Die Piktogrammeleuchten sind an eine Ersatzstromversorgung (Sicherheitsbeleuchtung) anzuschließen oder mit Einzelbatterien zu versehen.
10. An gut sichtbarer Stelle in den Haupteingangsbereichen sind ein Lageplan und Grundrisspläne anzubringen, in denen die Rettungswege, die zur Brandbekämpfung freizuhaltenen Flächen, Feuermelde-, Feuerlösch- und Rauchabzugsvorrichtungen sowie Bedienungseinrichtungen von sicherheitstechnischen Anlagen kenntlich gemacht sein müssen.
11. Es sind Feuerwehrpläne nach DIN 14095 im Format DIN A3 bzw. DIN A4 anzufertigen und dem Brandschutzprüfer und der örtlichen Feuerwehr bei der Schlussabnahme zu überreichen.
12. Die Feuerlöscher sind im Einvernehmen mit dem zuständigen Brandschutzprüfer, Herrn [REDACTED] Tel.: 04721 [REDACTED] zu installieren.
13. Für die Erweiterung der Betriebskläranlage ist ein wasserrechtlicher Antrag nach § 154 Nds. Wassergesetz „Genehmigung von Abwasserreinigungsanlagen“ beim Landkreis Cuxhaven – Amt Wasser- und Abfallwirtschaft – zu stellen. In dieses Genehmigungsverfahren ist das Baugenehmigungsverfahren mit einkonzentriert. Der Antrag ist daher entsprechend der Bauvorlagenverordnung zu stellen.
14. Die Erhöhung der Schlachtzahlen auf über 20.000 Schlachtungen je Woche darf nur erfolgen, wenn die Betriebskläranlage entsprechend erweitert wurde.
15. Abnahmebericht eines Sachverständigen über den ordnungsgemäßen Zustand der elektrischen Anlagen (Starkstromanlage einschließlich Sicherheitsbeleuchtung).
Wiederkehrende Prüfungen in Zeitabständen von höchstens 7 Jahren.

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

16. Abnahmebericht eines Sachverständigen über den ordnungsgemäßen Zustand der Rauch- und Wärmeabzugsanlage. Wiederkehrende Prüfungen in Zeitabständen von höchstens 3 Jahren.
17. Spätestens bis zur Inbenutzungnahme ist der Nachweis eines Baugrundstückes im Sinne des Bürgerlichen Rechts für die Flurstücke 99/13, 99/7, 99/8 und der noch zu vermessende Teilabschnitt aus dem Flurstück 99/12 in Form eines Grundbuchauszuges vorzulegen.
18. Zur Kompensation der im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben auftretenden Verluste von Waldfunktionen ist u. a auf den Flurstücken 261/6 (vormals 261/4) und 261/3 außerhalb der beplanten Parkplatzfläche und unter Berücksichtigung der „Richtlinie „Landschaftspflegerische Maßnahmen planen und überwachen; Bepflanzung an Bahnstrecken“ ein naturnaher Laubwald anzulegen.
19. Die konkreten Pflanzmaterialien, Art und Umfang sind mit der **Forstbetriebsgemeinschaft, Forstverband Wesermünde-Bremen, Wachholz 6 a, 27616 Beverstedt** (Ansprechpartner: [REDACTED] Tel. 04747 / [REDACTED] oder 017 [REDACTED] und der Waldbehörde des Landkreises Cuxhaven (Ansprechpartner: [REDACTED] Tel. 04721/66-[REDACTED], abzustimmen.
20. Die Waldersatzmaßnahmen sind in der kommenden Pflanzperiode (Herbst 08/Winter 09) vorzunehmen.
21. Die Neuaufforstungen sind im Rahmen der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft zu pflegen und zu erhalten.
22. Der Abflussgraben ist vor Einmündung in den „Hohe-Lieth-Graben“ Verbandsgewässer des Unterhaltungsverbandes Lune zu verschließen. Der Pfropfen (Verschluss) aus gewachsenem und verdichtetem Torf muss dabei mindestens bis zur angrenzenden Geländeoberkante reichen. Zur Sicherstellung ggfls. notwendiger und zulässiger Entwässerungen ist der Einbau eine Überlaufes (z. B. Kunststoff KG-Rohr DN 100) möglich.
23. Gemäß § 80 Abs. 1 NBauO werden folgende Abnahmen angeordnet:
 - ☐ Teilabnahme
 - ☐ Rohbauabnahme
 - ☒ Schlussabnahme

Hinweise:

1. Die genehmigte Baumaßnahme ist nur im Umfang des vereinfachten Baugenehmigungsverfahrens gem. § 75 a Nds. Bauordnung geprüft worden. Sie als Bauherr sind dafür verantwortlich, dass bei der Durchführung der Baumaßnahme das gesamte Baurecht eingehalten wird.
2. **Wiederkehrende Überprüfung von großen Gebäuden hinsichtlich der langfristigen Standsicherheit**

Aufgrund bekannt gewordener Schadensfälle an großen öffentlichen Gebäuden hat die 114. Bauministerkonferenz die Frage der langfristigen Sicherstellung der Standsicherheit erörtert. Die Bauminister der Länder stellten hierbei die Verantwortung der **öffentlichen und privaten Eigentümer** in den Vordergrund. Um die Eigenverantwortung der Eigentümer zu stärken, hat die Bauministerkonferenz „**Hinweise für die Überprüfung der Standsicherheit von baulichen Anlagen durch den Eigentümer / Verfügungsberechtigten**“ erarbeitet. Die ‚Hinweise‘ erläutern, wie bei der Überprüfung vorgegangen werden kann. Sie enthalten einen Prüfkatalog für die verschiedenen Gebäude- und Konstruktionstypen

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

und geben Orientierungswerte für den Überwachungszeitraum an. Die 'Hinweise' sind unter der Internetadresse www.bauministerkonferenz.de in der Rubrik Berichte/Information verfügbar. Weitere Informationen und Beratung erhalten Sie im Bauaufsichtsamt des Landkreises Cuxhaven bei [REDACTED] unter Tel. 04721 / [REDACTED]

D.

Allgemeine Hinweise

1. Genehmigungsbedürftige Anlagen sind gemäß § 5 Abs. 3 BImSchG so zu errichten und zu betreiben, dass auch nach einer Betriebseinstellung
 - von der Anlage oder dem Anlagengrundstück keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können und
 - vorhandene Abfälle ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden und
 - die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes des Betriebsgeländes gewährleistet wird.
2. Gemäß § 15 Abs. 1 BImSchG besteht die Verpflichtung, die Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebs der Anlage, sofern eine Genehmigung nicht beantragt wird, dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt mindestens einen Monat, bevor mit der Änderung begonnen werden soll, schriftlich anzuzeigen, wenn die Änderung Auswirkungen auf Menschen, Tiere, Pflanzen, dem Boden, das Wasser sowie Kultur- und sonstige Sachgüter haben kann.
3. Gemäß § 17 BImSchG können zur Erfüllung der sich aus diesem Gesetz und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen ergebenden Pflichten nach Erteilung der Genehmigung weitere Anordnungen getroffen werden. Wird nach Erteilung der Genehmigung festgestellt, dass die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft nicht ausreichend vor schädlichen Umwelteinwirkungen oder sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belästigungen geschützt ist, wird das Staatl. Gewerbeaufsichtsamt nachträgliche Anordnungen treffen.
4. Kommt der Betreiber einer Auflage oder einer vollziehbaren nachträglichen Anordnung nicht nach, so kann das Staatl. Gewerbeaufsichtsamt gemäß § 20 BImSchG den Betrieb der Anlage bis zur Erfüllung der Auflagen oder der Anordnungen ganz oder teilweise untersagen.
5. Die zuständige Behörde kann den weiteren Betrieb der genehmigungsbedürftigen Anlage durch den Betreiber oder einen mit der Leitung des Betriebes Beauftragten untersagen, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit dieser Personen in Bezug auf die Einhaltung von Rechtsvorschriften zum Schutze vor schädlichen Umwelteinwirkungen dar- und die Untersagung zum Wohl der Allgemeinheit geboten ist.
6. Dem Staatl. Gewerbeaufsichtsamt, der zuständigen Polizeidienststelle und gegebenenfalls der Feuerwehr sind Störungen des bestimmungsgemäßen Betriebes der Anlage unverzüglich mitzuteilen. Als Störungen des bestimmungsgemäßen Betriebes sind alle Betriebszustände der Anlage zu verstehen, durch die Stoffe frei geworden, in Brand geraten oder explodiert sind mit der Folge, dass eine Gemeingefahr hervorgerufen wird.

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

7. Falls die Anlage nicht in Übereinstimmung mit diesem Genehmigungsbescheid errichtet, geändert oder betrieben wird, finden die Bußgeldvorschriften des § 62 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG und Strafvorschriften der §§ 324 ff Strafgesetzbuch in der derzeit gültigen Fassung Anwendung.
8. Dieser Genehmigungsbescheid ergeht unbeschadet der behördlichen Entscheidungen, die nach § 13 BImSchG von der Genehmigung nicht eingeschlossen werden.
9. Beabsichtigt der Betreiber, den Betrieb einer genehmigungsbedürftigen Anlage einzustellen, so hat er dies gemäß § 15 Abs. 3 BImSchG unter Angabe des Zeitpunktes der Einstellung dem Staatl. Gewerbeaufsichtsamt unverzüglich anzuzeigen. Der Anzeige sind Unterlagen über die vom Betreiber vorgesehenen Maßnahmen zur Erfüllung der nachfolgend genannten Pflichten aus § 5 Abs. 3 BImSchG beizufügen. Der Betreiber hat sicherzustellen, dass auch nach einer Betriebseinstellung
 - von der Anlage oder dem Anlagengrundstück keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können
 - vorhandene Abfälle ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder ohne Beeinträchtigungen des Wohles der Allgemeinheit beseitigt werden und
 - die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes des Betriebsgeländes gewährleistet ist.

III.

Kostenlastenentscheidung

Die Kosten dieses Verfahrens (Gebühren und Auslagen) haben Sie zu tragen. Über die Höhe der Kosten ergeht ein gesonderter Kostenfestsetzungsbescheid.

IV.

Begründung

1. Verfahrensablauf

Die Firma Düringer Fleischkontor, Lunestedter Str. 40, 27612 Loxstedt-Düring, beantragte am 09.05.2005 ergänzt mit Schreiben vom 25.07.2006 und 21.12.2006 die Genehmigung zur wesentlichen Änderung ihrer Anlage zum Schlachten von Mastschweinen in Loxstedt.

Die geplante Anlage fällt unter lfd. Nr. 7.2 des Anhangs der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) in der derzeit geltenden Fassung.

Für die Entscheidung über den Antrag auf Genehmigung dieser Anlage ist gemäß Nr. 8.1 der Anlage zur Verordnung über Zuständigkeiten auf den Gebieten des Arbeitsschutz-, Immissionsschutz-, Sprengstoff-, Gentechnik- und Strahlenschutzrechts sowie in anderen Rechtsgebieten (ZustVO-Umwelt-Arbeitsschutz) in der derzeit geltenden Fassung meine Zuständigkeit gegeben.

Nach § 3 a ff des Gesetzes über die Umweltverträglichkeit (UVPG) war für das geplante Vorhaben, das unter die Nr. 7.13.1 der Anlage 1 zum UVPG fällt, eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls vorzunehmen. Diese Vorprüfung war nach den in der Anlage 2 zum UVPG aufgeführten Kriterien vorzunehmen.

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls wurde durch die Genehmigungsbehörde durchgeführt und hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist. Dieses Ergebnis wurde gemäß § 3 a UVPG bekannt gemacht.

Durch die Antragstellerin war weiter beantragt worden, dass auf eine Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 16 Abs. 2 verzichtet werden sollte.

Diesem Antrag konnte stattgegeben werden, da die durchgeführte Begutachtung im Hinblick auf Geruch ergeben hat, dass die zulässigen Immissionswerte sicher eingehalten werden und im Hinblick auf Lärm nach Durchführung von Sanierungsmaßnahmen eingehalten werden. Die Lärmsanierung ist erforderlich aufgrund der Emissionen der bereits bestehenden Anlage. Die Lärmsituation wird sich durch diese Maßnahmen in der Nachbarschaft verbessern. Da erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die in § 1 BImSchG genannten Schutzgüter nicht zu erwarten sind, konnte dem Antrag nach § 16 Abs. 2 BImSchG gefolgt werden.

Im Genehmigungsverfahren wurden folgende Behörden gehört:

- Landkreis Cuxhaven
- Gemeinde Loxstedt
- Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven

2. Genehmigungsvoraussetzungen

2.1 Allgemeines

Nach § 6 BImSchG ist die Genehmigung zu erteilen, wenn

- sichergestellt ist, dass die sich aus § 5 BImSchG und einer auf Grund des § 7 BImSchG erlassenen Rechtsverordnung ergebenden Pflichten erfüllt werden, und
- andere öffentlich-rechtliche Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen.

Die Stellungnahmen der beteiligten Fachbehörden und die Ergebnisse der Gutachten sind, soweit sie der Erfüllung der Genehmigungsvoraussetzungen dienen, in diesem Genehmigungsbescheid berücksichtigt worden.

Zu den Genehmigungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen dieses Bescheides im Einzelnen:

2.2 Bauplanungsrechtliche Zulässigkeit

Das Einvernehmen der Gemeinde Loxstedt gemäß § 36 BauGB wurde von der Gemeinde Loxstedt mit Datum vom 13.09.2006 erklärt.

2.3 Luftreinhaltung

Vom Betrieb einer Schlachthanlage gehen insbesondere bei der Schlachtung von Schweinen deutliche Gerüche aus. Die Geruchssituation wurde daher gutachtlich untersucht. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die von der Schlachthanlage verursachten Geruchsstundenhäufigkeiten das zulässige Maß deutlich unterschreiten.

2.4 Lärmschutz

Zur Ermittlung der Lärmsituation wurde ein schalltechnisches Gutachten von der Ingenieurgesellschaft Zech erstellt. Dieses kommt zu dem Ergebnis, dass durch den bestehenden Betrieb die zulässigen Immissionsrichtwerte überschritten werden. Da bei einer solchen Situation eine Erweiterung nicht genehmigungsfähig ist, wurden durch den Gutachter umfangreiche Lärminderungsmaßnahmen vorgeschlagen. Durch diese im Gutachten ausführlich beschriebenen Maßnahmen kann erreicht werden, dass nach den Sanierungsarbeiten die zulässigen Immissionswerte eingehalten werden.

Weiter wurde gefordert, dass auf Anforderung durch das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven eine Abnahmemessung durch eine nach dem BImSchG zugelassene Messstelle zu erfolgen hat.

2.5 Wasserwirtschaft

Durch eine Nebenbestimmung ist sichergestellt, dass Schlachtzahlen von mehr als 20000 Schlachtungen je Woche erst erfolgen dürfen, wenn die Betriebskläranlage entsprechend erweitert wurde.

2.6 Naturschutz mit Auflagenvorbehalt

Ein Bebauungsplan liegt für das Betriebsgelände der Firma „Düringer Fleischkontor“ nicht vor. Die Zulässigkeit der Erweiterung richtet sich nach § 35 Baugesetzbuch „Bauen im Außenbereich“. Die Betriebserweiterung kann nach § 35 Baugesetzbuch Abs. 2 zugelassen werden, wenn ihre Ausführung öffentliche Belange nicht beeinträchtigt. Eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange liegt insbesondere vor, wenn das Vorhaben u.a. nach § 35 Baugesetzbuch Abs. 3

1. den Darstellungen des Flächennutzungsplans widerspricht oder
2. Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege, des Bodenschutzes, des Denkmalschutzes oder die natürliche Eigenart der Landschaft und ihren Erholungswert beeinträchtigt oder das Orts- und Landschaftsbild verunstaltet.

Durch die 27. Änderung des Flächennutzungsplanes „Hohe Lieth“ der Gemeinde Loxstedt werden die beanspruchten Erweiterungsflächen in gewerbliche Bauflächen umgewandelt. Durch die Erstellung eines landschaftspflegerischen Begleitplanes werden die Belange von Natur und Landschaft berücksichtigt und die Planung rechtlich abgesichert. Der landschaftspflegerische Begleitplan hat zum Inhalt, welche Eingriffe und Auswirkungen bei der Realisierung der Baumaßnahme zu erwarten sind. Die notwendigen Kompensationsmaßnahmen werden aufgeführt. Die Prüfung des Genehmigungsantrages hat ergeben, dass die erhebliche Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes kompensiert werden kann. Da der landschaftspflegerischen Begleitplan die Bauabschnitte 2 und 3 noch nicht erfasst, ist eine Ergänzung erforderlich. Die notwendigen Nebenbestimmungen werden, soweit nicht bereits erfolgt, in einem Nachtrag zum Genehmigungsbescheid verfügt.

Danach sind unter Berücksichtigung der Nebenbestimmungen dieses Bescheides die Genehmigungsvoraussetzungen des § 6 BImSchG erfüllt, so dass die Genehmigung zu erteilen war.

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

3. Kosten

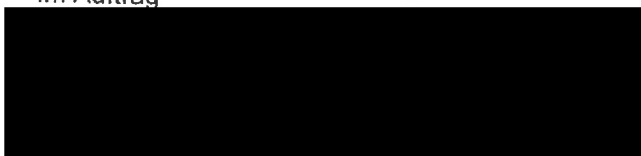
Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 1, 5, 9 und 13 des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes (NVwKostG) sowie § 1 der Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) und lfd. Tarif-Nr. 44 des Kostentarifs in der derzeit geltenden Fassung.

VI.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg, Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg, einzulegen.

Im Auftrag



Anlagen
Antragsunterlagen,
Hinweise

